

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

A-Post-Plus
Bundeskanzlei
Sektion Recht
Bundeshaus West
3003 Bern

6. Oktober 2021

Änderung des Covid-19-Gesetzes (Verlängerung von einzelnen Bestimmungen); Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zur Änderung des Bundesgesetzes über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz) (Verlängerung von einzelnen Bestimmungen) Stellung nehmen zu können.

Der Regierungsrat des Kantons Aargau ist mit der Anpassung des Covid-19-Gesetzes (Verlängerung von einzelnen Bestimmungen) einverstanden.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Stephan Attiger
Landammann

Joana Filippi
Staatsschreiberin

Kopie

- br-geschaefte_covid@bag.admin.ch
- seraina.gruenig@gdk-cds.ch



Volkswirtschaftsdepartement

Departementssekretariat
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 96 61
info@vd.ai.ch
www.ai.ch/vd

VD-SE, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Per E-Mail an:
Bundeskanzlei
patrick.maegli@bk.admin.ch
stephan.brunner@bk.admin.ch

Appenzell, 5. Oktober 2021

Covid-19 Gesetz (Verlängerung einzelner Bestimmungen) / Vernehmlassung Stellungnahme Volkswirtschaftsdepartement des Kantons Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Am 30. September 2021 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Revision des Covid-19 Gesetzes zukommen lassen. Die Standeskommission hat die Vernehmlassung an das Volkswirtschaftsdepartement delegiert. Wir haben die Unterlagen geprüft und sind damit einverstanden. Wir beurteilen die wirtschaftliche Entwicklung als positiv, weshalb wir die Transitionsstrategie des Bundesrats unterstützen; ausserordentliche Stützungen sind im Grundsatz zu beenden und sollen durch die ordentlichen wirtschaftspolitischen Instrumente abgelöst werden.

Die Verlängerung von Art. 11 des Covid-19-Gesetzes (Kulturbereich) wird unterstützt, damit im Falle einer Verschlechterung der epidemiologischen Lage die bisherigen Massnahmen in diesem Bereich weitergeführt werden können. Wir weisen darauf hin, dass bei einer Nichtverlängerung der entsprechenden gesetzlichen Grundlagen eine nur auf die Kantone gestützte Fortsetzung der Massnahmen nicht realistisch ist.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Volkswirtschaftsdepartement:

I.A. des Vorstehers:

Marco Seydel
Departementssekretär

Zur Kenntnis an:

- Ständerat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell
- Nationalrat Thomas Rechsteiner (thomas.rechsteiner@parl.ch)



Regierungsrat, 9102 Herisau

Schweizerische Bundeskanzlei
per E-Mail: - patrick.maegli@bk.admin.ch
- stephan.brunner@bk.admin.ch
Kopie: - office@gdk-cds.ch
[PDF- und Word-Version]

Dr. iur. Roger Nobs
Ratschreiber
Tel. +41 71 353 63 51
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 6. Oktober 2021 / ssc

Eidg. Konsultation; Änderung des Covid-19-Gesetzes (Verlängerung von einzelnen Bestimmungen); Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit E-Mail vom 30. September 2021 lädt die Bundeskanzlei im Auftrag des Bundesrates zur eingangs erwähnten Konsultationen der Kantone und der Sozialpartner ein. Die Konsultationsfrist dauert bis zum Mittwoch, 6. Oktober 2021.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

Allgemeine Bemerkungen

Der Regierungsrat unterstützt die grundsätzliche Stossrichtung der Vorlage, dass nur die gesetzlichen Grundlagen jener Massnahmen verlängert werden, die aufgrund der Beurteilung der weiteren Entwicklung der Covid-19-Epidemie als weiterhin notwendig angesehen werden. Zuzustimmen ist dem Bundesrat auch darin, dass die Verlängerung der Geltungsdauer mässig sein soll (in der Regel ein Jahr).

Das ist einerseits rechtsstaatlich geboten. Andererseits trägt die sorgfältige Prüfung der Erforderlichkeit einer Verlängerung der Massnahmen der angespannten Stimmung in der Bevölkerung Rechnung. Es ist von grosser Bedeutung, dass die Behörden weiterhin das Signal aussenden, dass Massnahmen zurückhaltend und nur dort wo sie nötig sind, ergriffen werden. Dieser Grundsatz hat sowohl für einschränkende wie für unterstützende Massnahmen zu gelten.

Der Regierungsrat unterstützt auch die Stossrichtung, dass medizinische und epidemiologische Erkenntnisse aus den letzten 18 Monaten berücksichtigt werden. So hat sich gezeigt, dass ein erneuter kompletter "Lock-down" aufgrund der nun zur Verfügung stehenden Instrumente kaum mehr erforderlich sein wird. Vor diesem Hintergrund ist eine Verlängerung der Massnahmen im Bereich der politischen Rechte (Art. 2) nicht mehr notwendig. Gleiches gilt für fast gänzliche Abschaffung der Massnahmen im Bereich der Verfahren (Art. 7).



Verlängerung der geltenden Massnahmen

Der Regierungsrat unterstützt vor dem Hintergrund der unsicheren weiteren Entwicklung der Covid-19-Epidemie die Verlängerung der geltenden Massnahmen im Gesundheitsbereich (Art. 1a, Art. 3–4a) wie auch im Bereich des Ausländer- und Asylrechts (Art. 5–6). Auch die Verlängerung der Massnahmen im Epidemiengesetz (Art. 60a, 62a, 80 und 83) und im Ordnungsbussengesetz (Art. 1) unterstützt der Regierungsrat.

Im Bereich der justiziellen und verfahrensrechtlichen Massnahmen (Art. 7) begrüsst der Regierungsrat die Beschränkung auf noch lediglich eine Massnahme.

Zustimmung findet auch die Verlängerung der Massnahmen im Kultur- und Sportbereich (Art. 11, 12b und 13). Beide Branchen spüren die Auswirkungen der Pandemie nach wie vor, zudem ist nicht auszuschliessen, dass die derzeit geltenden Massnahmen noch einige Zeit aufrechterhalten und evtl. vorübergehend sogar verschärft werden müssen.

Der Regierungsrat unterstützt die angepassten Massnahmen im Bereich des Erwerbsausfalls vor dem Hintergrund der bundesrätlichen Transitionsstrategie, der Impfkampagne sowie der neu zur Verfügung stehenden Zertifikate (Art. 15).

Ebenfalls befürwortet wird vom Regierungsrat die neue Regel von Art. 19 Abs. 2 inkl. der verlängerten Geltungsdauer.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Dr. iur. Roger Nobs, Ratschreiber



Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion
Generalsekretariat

Rathausgasse 1
Postfach
3000 Bern 8
+41 31 633 79 20 (Telefon)
+41 31 633 79 09 (Telefax)
info.gs.gsi@be.ch
www.be.ch/gsi

GSI-GS, Rathausgasse 1, Postfach, 3000 Bern 8

Bundeskanzlei
Bundeshaus West
3003 Bern

Per E-Mail an:
recht@bk.admin.ch
patrick.maegli@bk.admin.ch
stephan.brunner@bk.admin.ch

06. Oktober 2021

Konsultation der Kantone und der Sozialpartner zum Entwurf der Botschaft zur Änderung des Covid-19-Gesetzes (Verlängerung einzelner Bestimmungen) Stellungnahme des Kantons Bern

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Regierungsrat bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum titelvermerkten Geschäft. Er hat dazu folgende Bemerkungen.

1. Grundsätzliches

Der Regierungsrat steht der Vorlage grundsätzlich positiv gegenüber. Wie in der Botschaft zur Änderung des Covid-19-Gesetzes ausgeführt wird, ist es aufgrund der unsicheren epidemiologischen Entwicklung notwendig, einzelne Massnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Epidemie über den 31. Dezember 2021 hinaus zu verlängern.

Dennoch gibt der Regierungsrat zu bedenken, dass sich die Epidemie insbesondere aufgrund des Impffortschrittes in einer späten Phase befindet. Wer sich mit einer Impfung schützen lassen wollte, konnte das tun. Die Rückkehr zur Normalität ist schon weit fortgeschritten. Nun geht es darum, den Zeitpunkt für die Aufhebung der verbleibenden, primären Massnahmen zur Bekämpfung der Epidemie nicht zu verpassen.

Soweit das Covid-19-Gesetz die Grundlage für sekundäre Massnahmen zur Linderung der Auswirkungen der Epidemie bildet, werden die beantragten Verlängerungen unterstützt. Die vorgesehene Gesetzesänderung schafft die Rechtsgrundlage, die dem Bund und den mitbetroffenen Kantonen die Handlungsfähigkeit bei der Bewältigung der Folgen der Epidemie gewährleistet.

Vor diesem Hintergrund äussert sich der Regierungsrat differenziert zu den folgenden beantragten Verlängerungen.

2. Massnahmen im Gesundheitsbereich (Art. 1a, Art. 3, Art. 3a, Art. 3b sowie Bestimmungen zum Proximity-Tracing-System im Epidemiengesetz)

Wie einleitend ausgeführt unterstützt der Regierungsrat die Verlängerung der primären Massnahmen um zwölf Monate bis am 31. Dezember 2022 nicht. Gerade weil die Pandemieentwicklung für die kommenden Monate nicht verlässlich abgeschätzt werden kann, beantragt er, die vom Bundesrat vorgeschlagenen Artikel im jetzigen Zeitpunkt lediglich bis am 30. Juni 2022 zu verlängern.

Zudem ist in der Kommunikation zur Gesetzesänderung zu betonen, dass der Bundesrat auch mit der Verlängerung an die Vorgabe von Artikel 1 Absatz 2 des Gesetzes gebunden ist, wonach er von diesen gesetzlichen Befugnissen nur so weit Gebrauch machen darf, als dies zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie notwendig ist.

3. Massnahmen im Kulturbereich (Art. 11) und im Sportbereich (Art. 12 b, Art. 13)

Aufgrund zahlreicher Faktoren zeichnet sich ab, dass insbesondere Kulturschaffende resp. Unternehmen in den Bereichen Kultur und Sport auch 2022 mit einer wirtschaftlich schwierigen Situation konfrontiert sein werden und noch nicht zu einem Normalbetrieb zurückkehren können. Sollte sich die Pandemiesituation wieder verschlechtern, würde dies die prekäre Lage weiter zuspitzen. Mit der Verlängerung einiger Bestimmungen des Covid-19-Gesetzes bis zum 30. Juni 2022 (Art. 12b Abs. 1 bis 7, Art. 13) resp. um ein Jahr (Art. 11) möchte der Bundesrat sicherstellen, dass er im Fall einer anhaltenden Krise auch nächstes Jahr über die entsprechenden Instrumente verfügt, um die Covid-Pandemie und ihre Folgen u.a. in der Kultur und Sport zu bekämpfen und die Pandemie-bedingten Nachteile angemessen abzufedern.

Der Regierungsrat begrüsst und unterstützt die Verlängerung der entsprechenden Rechtsgrundlagen im Covid-19-Gesetz. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, dass bei einer Nichtverlängerung der entsprechenden gesetzlichen Grundlagen eine nur auf die Kantone gestützte Fortsetzung der Massnahmen nicht realistisch ist.

Der Regierungsrat weist zudem darauf hin, dass im Kulturbereich insbesondere die Beiträge an Transformationsprojekte 2022 noch an Bedeutung gewinnen, da damit ein gezielter Strukturwandel in der Kulturbranche unterstützt werden kann. Ein grosser Teil der Kulturunternehmen wird gefordert sein, ihre Angebote den geänderten Bedürfnissen des Publikums anzupassen und Besucherinnen und Besucher zurückzugewinnen oder strukturelle Neuausrichtungen (Organisation, Zusammenschlüsse, Kooperationen) vorzunehmen. Der Regierungsrat findet es deshalb wichtig, dass zukünftig auch im Bereich der Laienkultur Transformationsprojekte unterstützt werden können. Gerade dieser für die kulturelle Vielfalt der Schweiz und die zivilgesellschaftliche Partizipation wichtige Bereich des kulturellen Lebens ist von den Folgen der Pandemie besonders hart getroffen.

Besten Dank für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüssen

Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion



Pierre Alain Schnegg
Regierungsrat

VGD, Bahnhofstrasse 5, 4410 Liestal

Bundeskanzlei
Sektion Recht
Bundeshaus West
3003 Bern

Via E-Mail an: patrick.maegli@bk.admin.ch
und stephan.brunner@bk.admin.ch

Liestal, 6. Oktober 2021
ThW/SO

Konsultation der Kantone zum Entwurf der Botschaft zur Änderung des Covid-19-Gesetzes (Verlängerung einzelner Bestimmungen)

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 30. September 2021 haben Sie uns Unterlagen zur Konsultation der Kantone zum Entwurf der Botschaft zur Änderung des Covid-19-Gesetzes (Verlängerung einzelner Bestimmungen) zukommen lassen. Für die Eingabe einer Antwort wurde eine Zeitspanne bis zum 6. Oktober 2021 festgelegt. Solch kurze Fristsetzungen sind künftig zu vermeiden, denn sie lassen sich grundsätzlich nicht mit den ordentlichen Abläufen der kantonalen Entscheidungsfindung vereinbaren.

Wir bedanken uns dennoch für die Gelegenheit zur Stellungnahme. Der Regierungsrat des Kantons-Basel-Landschaft ist grundsätzlich mit der Verlängerung der aufgeführten Bestimmungen des Covid-19-Gesetzes (SR 818.102), inkl. Änderungen des Ordnungsbussengesetzes vom 18. März 2016 und des Epidemiegengesetzes vom 28. September 2012, einverstanden. In der Kürze der Zeit war es uns nicht möglich, alle Bestimmungen auf einen allfälligen Verlängerungsbedarf hin zu prüfen. Wir gehen jedoch davon aus, dass keine der auslaufenden Massnahmen noch notwendig ist.

Spezifisch für den Kulturbereich erwarten wir, dass Beiträge an Transformationsprojekte im Jahr 2022 noch an Bedeutung gewinnen werden, da damit ein gezielter Strukturwandel in der Kulturbranche unterstützt werden kann. Die Praxis der «à-fonds-perdu-Beiträge» soll weitergeführt werden. Es hat sich in der Anfangsphase der Pandemie gezeigt, dass die Vergabe von Darlehen im Kulturbereich nicht zielführend ist, da die fehlende Gewinnorientierung der meist gemeinnützigen Kulturunternehmen in den meisten Fällen eine spätere Rückzahlung von Darlehen verunmöglicht. Auch die bisherige, hälftige Aufteilung der anfallenden Kosten zwischen Bund und Kantonen soll weitergeführt werden und es ist anzustreben, dass die noch verfügbaren Restmittel aus dem Jahr 2021 vom Bund auf das Jahr 2022 übertragen werden können.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse



Thomas Weber

Kopie an: GDK; per E-Mail an office@gdk-cds.ch



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 80 54
Fax: +41 61 267 85 72
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

patrick.maegli@bk.admin.ch

Bundeskanzlei
Sektion Recht
Patrick Mägli, Stv. Leiter
Bundeshaus West
3003 Bern

Basel, 6. Oktober 2021

Regierungsratsbeschluss vom 5. Oktober 2021

Entwurf der Botschaft zur Änderung des Covid-19-Gesetzes (Verlängerung einzelner Bestimmungen)

Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrter Herr Bundespräsident
Sehr geehrter Herr Mägli
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Einladung vom 30. September 2021 zur Stellungnahme zur Verlängerung einzelner Bestimmungen im Covid-19-Gesetz.

Der Regierungsrat stimmt dem Entwurf der Botschaft an das Bundesparlament zu. Die zur Verlängerung vorgeschlagenen Bestimmungen des Covid-19-Gesetzes sind sachgerecht und berücksichtigen die derzeit noch instabile epidemiologische Situation gleichzeitig mit der angestrebten Transitionsstrategie.

Von Seiten des Kantons Basel-Stadt bestehen keine Änderungs- oder Ergänzungswünsche.

Freundliche Grüsse
Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Beat Jans
Regierungspräsident

Marco Greiner
Vizestaatsschreiber



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

PAR COURRIEL

Chancellerie fédérale
Section du Droit
Bundeshaus West
3003 Bern

Courriel : patrick.maegli@bk.admin.ch
stephan.brunner@bk.admin.ch

Fribourg, le 4 octobre 2021

Projet de message concernant la modification de la loi COVID-19 (prorogation de certaines dispositions)

Madame, Monsieur,

En date du 30 septembre 2021, vous avez mis en consultation le projet d'une modification de la loi COVID-19 afin de prolonger certaines dispositions dans les domaines de la santé, de la protection des travailleurs, du sport et de la culture.

De manière générale, le gouvernement fribourgeois soutient la mesure de prorogation mesures afin d'assurer la mise à disposition des instruments nécessaires pour combattre la pandémie de COVID-19 dans les domaines de la santé, de la protection des travailleurs, du sport et de la culture, au cas où la crise se prolongerait. La prolongation des mesures est essentielle. Néanmoins, après avoir analysé les documents reçus, nous tenons à vous faire part des remarques suivantes.

Au niveau culturel, les contributions aux projets de transformations deviendront plus importantes encore en 2022, car elles permettent de soutenir un changement structurel ciblé. Un grand nombre d'entreprises culturelles devront adapter leur offre aux nouveaux besoins du public, le reconquérir ou procéder à des réorganisations structurelles (organisation, fusions, coopérations). Par ailleurs, il est important que les projets de transformation puissent aussi soutenir le domaine de la culture amateur. Enfin, il faut que la Confédération reporte le solde restant encore disponible en 2021 sur l'année 2022, cela indépendamment de la ligne de crédit de 200 millions qui sera proposée au Parlement fédéral et qui est nécessaire pour compléter le financement des mesures jusqu'à fin 2022, conformément à l'art.11.

Concernant la stratégie du Conseil fédéral, le système de l'application Swisscovid devrait être mieux intégrée aux systèmes de traçage cantonaux. Par ailleurs, la promotion de l'outil devrait être améliorée.

Pour terminer, les éventuels refus d'entrée de ressortissants d'Etats tiers selon la détérioration rapide de la situation épidémiologique dans un pays ou une région à risque doivent être mis en relation avec d'éventuels impacts économiques. Des exceptions doivent être agendées le cas échéant par des décideurs, des porteurs de projets essentiels, des équipes de monteur de machines industrielles ou des investisseurs. Des exceptions et l'émission de laissez passer doivent pouvoir être décrétées par les médecins cantonaux.

Nous vous remercions de nous avoir consultés et vous prions de croire, Madame, Monsieur, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

Au nom du Conseil d'Etat :

Jean-François Steiert, Président



Danielle Gagnaux-Morel, Chancelière d'Etat

L'original de ce document est établi en version électronique



DSPS
Case postale 3952
1211 Genève 3

Chancellerie fédérale
Monsieur Walter Thurnherr
Chancelier de la Confédération
Palais fédéral ouest
3003 Berne

4855-2021

Genève, le 6 octobre 2021

Concerne : projet de message concernant la modification de la loi COVID-19 (prorogation de certaines dispositions) - consultation fédérale des cantons et des partenaires

Monsieur le Chancelier,

Nous avons pris connaissance avec intérêt du projet cité sous rubrique, que vous avez soumis au canton de Genève pour avis, par courriel du 30 septembre 2021, et vous remercions de nous avoir consultés.

De façon générale, nous soutenons les mesures prises dans le cadre de la pandémie COVID-19 et prenons bonne note des modifications proposées qui portent essentiellement sur la prolongation de certaines dispositions.

Nous souhaitons cependant vous rappeler qu'il serait également nécessaire de prolonger le délai de traitement des demandes concernant l'octroi des aides à fonds perdu aux entreprises considérées comme cas de rigueur. La date du 31 décembre 2021 constitue un défi organisationnel pour les cantons et ne tient pas compte des recours effectués par les entreprises, qui prolongent les délais de décision.

Hormis ce qui précède, notre canton n'a pas d'autres commentaires à formuler et nous validons les modifications proposées.

Nous vous prions de croire, Monsieur le Chancelier, à l'assurance de notre haute considération.


Mauro Poggia

Copie à : info@bk.admin.ch; patrick.maegli@bk.admin.ch; stephan.brunner@bk.admin.ch

Regierungsrat

Rathaus

8750 Glarus

per E-Mail

- patrick.maegli@bk.admin.ch

- stephan.brunner@bk.admin.ch

Glarus, 5. Oktober 2021

Unsere Ref: 2021-1480

Vernehmlassung zur Botschaft zur Änderung des Covid-19-Gesetzes (Verlängerung einzelner Bestimmungen)

Hochgeachteter Herr Bundeskanzler

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Bundeskanzlei gab uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

Der Regierungsrat des Kantons Glarus ist mit der Verlängerung der aufgeführten Bestimmungen im Covid-19-Gesetz im Grundsatz einverstanden. Er ist jedoch namentlich hinsichtlich der heutigen Umsetzung von Artikel 1a des Gesetzes grundsätzlich anderer Ansicht als im Entwurf der Botschaft wiedergegeben. So bestehen zurzeit u. a. keine klaren Kriterien und Richtwerte, für die Einführung und Aufhebung der erweiterten Zertifikatspflicht. Zudem bestehen auch nach dem Übergang in die Normalisierungsphase Kapazitätseinschränkungen (z. B. für private Veranstaltungen) und der Bund behält sich in den Erläuterungen weitere Kapazitätsbeschränkungen bei grossen Publikumsveranstaltungen explizit vor (vgl. Erläuterungen zu Art. 12), obwohl der impfwillige erwachsene Teil der Bevölkerung ausreichend geimpft ist.

Vor diesem Hintergrund beantragen wir, dass sämtliche Bestimmungen gemäss Ziffer II bzw. IV Absatz 2 einstweilen lediglich bis am 30. April 2022 verlängert werden. So besteht im Hinblick auf die möglichen pandemischen Risiken aufgrund der kälteren Jahreszeit eine ausreichende Rechtssicherheit. Gleichzeitig fordern wir den Bundesrat auf, Artikel 1a Covid-19-Gesetz umzusetzen und für die nun noch geltenden Massnahmen Kriterien und Richtwerte zu erlassen bzw. die noch bestehenden Kapazitätsbeschränkungen aufzuheben. Allenfalls ist auch eine Überarbeitung des Drei-Phasen-Modells vorzunehmen und bei den Kantonen in Konsultation zu geben.

Genehmigen Sie, hochgeachteter Herr Bundeskanzler, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse

Für den Regierungsrat



Marianne Lienhard
Landammann



Hansjörg Dürst
Ratsschreiber

E-Mail an (PDF- und Word-Version):

- patrick.maegli@bk.admin.ch
- stephan.brunner@bk.admin.ch



Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement Graubünden
Departament d'educaziun, cultura e protecziun da l'ambient dal Grischun
Dipartimento dell'educazione, cultura e protezione dell'ambiente dei Grigioni

Jon Domenic Parolini, Dr. sc. techn. ETH
Regierungsrat
Quaderstrasse 17, 7001 Chur
Tel. 081 257 27 01
jondomenic.parolini@ekud.gr.ch
www.ekud.gr.ch

Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement
Departementsvorsteher, Quaderstrasse 17, 7001 Chur

Schweizerische Bundeskanzlei
Bundeshaus West
3003 Bern

Per E-Mail an:

- Stephan.Brunner@bk.admin.ch
- Patrick.Maegli@bk.admin.ch (cc)

Chur, 6. Oktober 2021

Konsultation der Kantone und der Sozialpartner zum Entwurf der Botschaft zur Änderung des Covid-19-Gesetzes (Verlängerung einzelner Bestimmungen)

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit E-Mail vom 30. September 2021 hat uns die Bundeskanzlei die Unterlagen zum Entwurf der Botschaft zur Änderung des Covid-19-Gesetzes (Verlängerung einzelner Bestimmungen) zukommen lassen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Innert Frist nehmen wir im Namen der Regierung des Kantons Graubünden zu den beantragten Änderungen wie folgt Stellung:

1. Einleitende Bemerkung

Wir begrüßen den uns vorliegenden Entwurf zur Änderung des Covid-19-Gesetzes. Insbesondere erachten wir es als sinnvoll und sachdienlich, die einzelnen Bestimmungen zu verlängern. Entsprechend erklären wir uns in grundsätzlicher Weise mit der Änderung des Covid-19-Gesetzes für einverstanden.

Gerne bringen wir zu nachfolgenden Bereichen noch Bemerkungen bzw. Anregungen an:

2. Kulturbereich

2.1 Transformationsprojekte Laienbereich

Die Botschaft führt die wesentlichen Argumente an, die für eine Verlängerung der Massnahmen im Kulturbereich sprechen. Die bisherigen Unterstützungsinstrumente haben

sich als wirkungsvoll erwiesen und sollen gleichbleibend beibehalten werden. Insbesondere die Beiträge an Transformationsprojekte werden 2022 noch an Bedeutung gewinnen, da damit ein gezielter Strukturwandel in der Kulturbranche unterstützt werden kann. Ein grosser Teil der Kulturunternehmen wird gefordert sein, ihre Angebote den geänderten Bedürfnissen des Publikums anzupassen und Besucherinnen und Besucher zurückzugewinnen oder strukturelle Neuausrichtungen (Organisation, Zusammenschlüsse, Kooperationen) vorzunehmen.

Wir finden es deshalb wichtig, dass zukünftig auch im Bereich der Laienkultur Transformationsprojekte unterstützt werden können. Gerade dieser für die kulturelle Vielfalt der Schweiz und die zivilgesellschaftliche Partizipation wichtige Bereich des kulturellen Lebens ist von den Folgen der Pandemie besonders hart getroffen.

2.2 Restmittel aus dem Jahr 2021

Es ist anzustreben, dass die noch verfügbaren Restmittel aus dem Jahr 2021 vom Bund auf das Jahr 2022 übertragen werden können. Damit kann gewährleistet werden, dass bei einer Verlängerung des Gesetzes die notwendige finanzielle Grundlage für die Weiterführung der Massnahmen zumindest teilweise vorhanden ist, unabhängig des Kreditrahmens von 200 Mio. Franken, welcher dem Bundesparlament beantragt werden soll.

3. Kantonale Ansprüche auf Bundesbeteiligung an Härtefallmassnahmen

Uns ist es ebenso ein Anliegen, dass die Fristen für die Auszahlung der Härtefallhilfen verlängert werden. Konkretisierend ist jedoch festzuhalten, dass es dabei nicht um eine Verlängerung der Zeitphase an sich geht, für welche Härtefallmassnahmen geltend gemacht werden können (im Kanton Graubünden werden nur Umsatzverluste bis maximal Juni 2021 berücksichtigt), sondern es geht ausschliesslich um die Fristen für die Auszahlung und somit auch für die Zusicherung von Beiträgen.

3.1 Ordentliche Beiträge

Im Kanton Graubünden sind nach wie vor einige Gesuche noch nicht abgehandelt. Derzeit haben wir die Vorgabe, dass die Unterstützungsbeiträge bis Ende 2021 ausbezahlt sein müssen. Dies kann aber nicht in jedem Fall garantiert werden, weshalb auch hier eine angemessene Verlängerung angezeigt ist. Dafür gibt es verschiedene Gründe:

- Laufende Rechtsverfahren vor Gericht, die Auswirkungen auf die entsprechenden einzelnen Gesuche haben können, aber allenfalls auch auf weitere Gesuche, wenn z. B. die Vollzugspraxis angepasst werden müsste;
- Wiedererwägungsverfahren vor dem kantonalen Departement;
- Nachprüfungen und Korrekturvornahmen von Amtes wegen aufgrund der laufenden Kontrollen;

- Nachzahlungen von Amtes wegen aufgrund der neusten Regelungen, die im Juni 2021 seitens Bund erlassen wurden;
- teils noch nicht vorhandene Abschlüsse/Zahlen von Gesuchstellern, weil teils auch deren Treuhänder unter Druck stehen.

3.2 Verwendung der Bundesratsreserve

Die Festlegung von Regeln zur Verwendung der Bundesratsreserve ist herausfordernd und benötigt Zeit. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn die Auszahlung und Zusicherung der Mittel aus der Reserve nicht bereits bis Ende 2021 erfolgen müssten.

Wir danken Ihnen bestens für die Aufnahme und Berücksichtigung unserer Anliegen.

Namens der Regierung des Kantons Graubünden



Dr. Jon Domenic Parolini
Regierungsrat

Hôtel du Gouvernement
2, rue de l'Hôpital
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11
f +41 32 420 72 01
chancellerie@jura.ch

Chancellerie fédérale
Section Droits politiques
Palais fédéral Ouest
CH-3003 Bern

patrick.maegli@bk.admin.ch
stephan.brunner@bk.admin.ch

Delémont, le 6 octobre 2021

Réponse à la consultation sur le projet de message concernant la modification de la loi COVID

Madame, Monsieur,

Le Gouvernement jurassien a bien reçu votre courriel du 30 septembre dernier. Il vous remercie de le consulter au sujet de l'objet mentionné en titre.

Tout d'abord, et de manière générale, le Gouvernement jurassien partage l'avis du Conseil fédéral. La situation n'est pas suffisamment stable en termes épidémiologiques et sanitaires pour pouvoir abandonner complètement le dispositif légal mis en place dans la loi Covid au 31 décembre 2021. Le Gouvernement soutient le message et les propositions du Conseil fédéral dans les grandes lignes. Il a toutefois plusieurs remarques à formuler.

Il part du principe que la modification de l'alinéa 2 de l'article 19 permet à la Confédération de traiter les décomptes concernant les montants versés au titre de cas de rigueur durant toute l'année 2022. En effet, la Confédération ne peut pas considérer qu'au 31 décembre 2021 toutes les décisions doivent être entrées en force de chose jugée (il est en effet possible de recourir jusqu'au Tribunal fédéral (TF), conformément aux exigences de la Constitution fédérale). Par conséquent, il est tout à fait envisageable que certaines décisions ne soient exécutoires qu'en 2022. Le délai actuellement fixé pour verser les aides pour les cas de rigueur est donc inadéquat puisque les cantons devraient assumer seuls les risques financiers induits par les voies de recours.

Par ailleurs, le traitement des demandes jusqu'à la fin de cette année constitue un défi organisationnel pour les cantons. La pression du temps pour statuer sur les demandes pendantes accroît le risque d'erreur. Des inégalités de traitement et une utilisation inefficace des deniers publics pourraient en découler. Il faut également considérer que cette pression pourrait augmenter encore dans les semaines à venir au vu des conséquences sur le plan économique des restrictions encore en cours.

Cet élément est important pour le canton du Jura, dont le dispositif pour les cas de rigueur prévoit un calcul basé sur la comptabilité 2021 définitive qui ne sera disponible chez les bénéficiaires que dans le courant du premier semestre 2022.

L'impossibilité de fournir des décomptes durant toute l'année 2022 serait regrettable puisqu'elle pénaliserait les cantons qui ont introduit un système permettant, au contraire des indemnités forfaitaires, une utilisation efficiente des deniers publics.

Le Gouvernement jurassien est également favorable aux modifications prévues pour l'aide au sport professionnel qui permettent une application jusqu'à la fin de la saison 2021/2022.

En ce qui concerne les articles prorogés, il se permet les remarques suivantes :

Il est favorable à la prolongation des articles liés à l'approvisionnement en médicaments, aux quarantaines et au traçage (articles 2 à 4).

Il est également essentiel que le Conseil fédéral puisse continuer de réagir rapidement en ce qui concerne l'entrée en Suisse. Les articles 5 et 6 doivent donc également être prorogés. Le Gouvernement jurassien précise toutefois que les espaces de vie transfrontaliers doivent continuer de bénéficier d'une attention particulière comme cela a été le cas jusqu'ici.

Il est important également de proroger l'article 11 sur les aides culturelles. En effet, le Gouvernement jurassien partage l'avis du Conseil fédéral sur les possibles difficultés du secteur en 2022. En particulier, les contributions aux projets de transformation deviendront plus importantes encore en 2022, car elles permettent de soutenir un changement structurel ciblé dans le secteur culturel. Un grand nombre d'entreprises culturelles devront adapter leur offre aux nouveaux besoins du public, le reconquérir ou procéder à des réorganisations structurelles.

Le Gouvernement estime également important que les projets de transformation puissent soutenir le domaine de la culture amateur, particulièrement touché par les conséquences de la pandémie.

Il est également essentiel, selon le Gouvernement jurassien, que la pratique des contributions « à fonds perdus » soit maintenue. En effet, lors de la phase initiale de la pandémie, l'octroi de prêts dans le secteur culturel ne s'est pas révélé pertinent. D'ailleurs, cette aide urgente a été supprimée.

Pour garantir la base financière indispensable à la poursuite des mesures, le premier objectif est que la Confédération reporte le solde restant encore disponible en 2021 sur l'année 2022, cela indépendamment de la ligne de crédit de 200 millions qui sera proposée au Parlement fédéral et qui est nécessaire pour compléter le financement de la prolongation de la loi.

Le Gouvernement jurassien est finalement d'avis que le CF devrait requérir du PLT qu'il puisse conserver, au-delà du 31 décembre 2021, toutes les compétences que lui confère actuellement l'art. 17 al. 1 en matière de RHT. Il s'agirait donc de proroger également ces dispositions de sorte à conserver au niveau exécutif toute la réactivité nécessaire pour pouvoir prolonger ou réactiver les mesures temporaires prises dans ce domaine, en fonction de l'évolution économique et sanitaire encore incertaine en dépit de tendances actuelles favorables.

En vous remerciant de l'avoir consulté et en souhaitant que vous puissiez tenir compte de ses remarques, le Gouvernement jurassien vous adresse l'expression de ses salutations distinguées.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA

Gesundheits- und Sozialdepartement

Bahnhofstrasse 15
6002 Luzern
Telefon 041 228 60 84
gesundheit.soziales@lu.ch
www.lu.ch

Per E-Mail

patrick.maegli@bk.admin.ch
stephan.brunner@bk.admin.ch

Luzern, 1. Oktober 2021

Protokoll-Nr.: 1189

Covid-19-Gesetz: Konsultation der Kantone und der Sozialpartner zum Entwurf der Botschaft zur Änderung des Covid-19-Gesetzes (Verlängerung einzelner Bestimmungen)

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben die Kantone am 30. September kurzfristig zu einer Konsultation betreffend die Verlängerung einzelner Bestimmungen des Covid-19-Gesetzes eingeladen. Ziel der Verlängerung ist

- die Versorgung mit medizinischen Gütern sicherzustellen;
- die Instrumente zur Bekämpfung der Covid-19-Epidemie (Contact-Tracing-System, Proximity-Tracing-System) weiterzuführen;
- einzelne Instrumente zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen (Massnahmen im Kultur- und Sportbereich) beizubehalten;
- die rechtlichen Grundlagen im Ausländer- und Asylbereich sowie im Bereich der Grenzschiessungen zu verlängern und
- die rechtlichen Grundlagen im Bereich des Verfahrensrechts teilweise zu verlängern.

Die Kantone haben Zeit, bis am 6. Oktober dazu Stellung zu nehmen.

Im Namen und Auftrag des Regierungsrates teile ich Ihnen mit, dass wir mit der Vorlage grundsätzlich einverstanden sind. Wir möchten aber betonen, dass die Massnahmen nur solange aufrechterhalten werden dürfen, wie sie auch notwendig sind. Wir erwarten deshalb, dass der Bund ein Ausstiegszenario vorbereitet und Richtwerte festlegt, ab wann welche Massnahmen aufgehoben werden können. Denn spätestens dann, wenn die Durchseuchung und Durchimpfung der Bevölkerung so gross ist, dass die Spitäler die gesamte Versorgung wieder ohne Probleme sicherstellen können, ist die Aufrechterhaltung der wohl meisten Massnahmen nicht mehr gerechtfertigt.

Abschliessend erlauben wir uns die Bemerkung, dass wir sehr wenig Verständnis haben, dass solche absehbaren und weitgehend planbaren Konsultationen derart kurzfristig und während der Ferienzeit durchgeführt werden.

Freundliche Grüsse

Guido Graf
Regierungsrat

Kopie:

- GDK
- ZGDK

Von: [Lavoyer-Boulianne Matthieu](#)
An: [Brunner Pohlenz Stephan BK](#); [Mägli Patrick BK](#)
Cc: [Secrétariat général du DFS](#); [Chancellerie d'Etat](#)
Betreff: RE: URGENT TR: Covid-19-Gesetz Konsultation der Kantone und der Sozialpartner / Loi COVID-19: Consultation des cantons et des partenaires sociaux / Legge COVID-19: Consultazione presso i Cantoni e i partner sociali
Datum: Mittwoch, 6. Oktober 2021 09:31:34
Anlagen: [image001.jpg](#)
[image002.png](#)

Madame, Monsieur,

En réponse à la consultation citée en titre, je vous confirme que le Conseil d'État neuchâtelois soutient sans réserve la prorogation envisagée.

En outre, concernant plus spécifiquement le domaine de la culture (art. 11, al. 2), il propose que pour garantir la base financière indispensable à la poursuite des mesures, la Confédération reporte le solde restant encore disponible en 2021 sur l'année 2022, cela indépendamment de la ligne de crédit de 200 millions qui sera proposée au Parlement fédéral et qui est nécessaire pour compléter le financement de la prolongation de la loi.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à cette prise de position et en restant à votre disposition, je vous adresse, Madame, Monsieur, mes meilleures salutations.

Matthieu Lavoyer-Boulianne
Secrétaire général



RÉPUBLIQUE ET CANTON DE **NEUCHÂTEL**

Département des finances et de la santé
Secrétariat général du DFS

Château
2001 Neuchâtel
T +41 32 889 46 89
www.ne.ch/

vac



De : Patrick.Maegli@bk.admin.ch <Patrick.Maegli@bk.admin.ch>

Envoyé : jeudi, 30 septembre 2021 08:20

À : staatskanzlei@sk.zh.ch; info.regierungsrat@be.ch; staatskanzlei@lu.ch; ds.la@ur.ch; stk@sz.ch; staatskanzlei@ow.ch; staatskanzlei@nw.ch; staatskanzlei@gl.ch; info@zg.ch; chancellerie@fr.ch; kanzlei@sk.so.ch; staatskanzlei@bs.ch; LKA-RRBs@bl.ch; staatskanzlei@ktsh.ch; Kantonskanzlei@ar.ch; info@rk.ai.ch; info.sk@sg.ch; info@gr.ch; staatskanzlei@ag.ch; staatskanzlei@tg.ch; can-scads@ti.ch; info.chancellerie@vd.ch;

Chancellerie@admin.vs.ch; Chancellerie d'Etat <Chancellerie.Etat@ne.ch>; service-adm.ce@etat.ge.ch; chancellerie@jura.ch; mail@kdk.ch; info@economiesuisse.ch; bern@economiesuisse.ch; sandra.spieser@economiesuisse.ch; info@sgv-usam.ch; verband@arbeitsgeber.ch; info@sbv-usp.ch; office@sba.ch; info@sgb.ch; politik@kfmv.ch; info@travailsuisse.ch

Cc : Stephan.Brunner@bk.admin.ch; Patrick.Maegli@bk.admin.ch; viktor.rossi@bk.admin.ch; rahel.galliker@bk.admin.ch; Thomas.Abegglen@bk.admin.ch; Luc.Deneys@bk.admin.ch; Ursula.Eggenberger@bk.admin.ch; barbara.perriard@bk.admin.ch; Julien.Fiechter@bk.admin.ch; nicolas.aubert@bk.admin.ch; caroline.gachet@bk.admin.ch; Manuela.Gehriger@bk.admin.ch; lorenz.grandjean@bk.admin.ch; ronja.lichtsteiner@bk.admin.ch; jeanne.prodolliet@bk.admin.ch; Marianne.Schmutz@bk.admin.ch; Marc.Siegenthaler@bk.admin.ch; Ulysse.Tscherrig@bk.admin.ch

Objet : Covid-19-Gesetz Konsultation der Kantone und der Sozialpartner / Loi COVID-19: Consultation des cantons et des partenaires sociaux / Legge COVID-19: Consultazione presso i Cantoni e i partner sociali

Konsultation der Kantone und der Sozialpartner zum Entwurf der Botschaft zur Änderung des Covid-19-Gesetzes (Verlängerung einzelner Bestimmungen) vom 30.9. bis 6.10.2021

Sehr geehrte Damen und Herren

Wie mit dem E-Mail vom 23. September 2021 angekündigt, möchte Sie die Bundeskanzlei zum Entwurf der Botschaft des Bundesrates zur Änderung des Covid-19-Gesetzes (Verlängerung einzelner Bestimmungen) konsultieren.

Wir bitten Sie um Ihre Stellungnahme bis am

Mittwoch, 6. Oktober 2021

Für Fragen stehen Ihnen Herr Patrick Mägli (patrick.maegli@bk.admin.ch, 058 463 13 49; bis am Freitag 1. Oktober 2021) und Herr Stephan Brunner (stephan.brunner@bk.admin.ch; 058 462 41 51; vom Montag 4. Oktober bis Mittwoch, 6. Oktober 2021) zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Patrick Mägli

Projet de message concernant la modification de la loi COVID-19 (prorogation de certaines dispositions). Consultation des cantons et des partenaires du 30.9 au 6.10.2021

Mesdames, Messieurs,
Comme nous vous l'avons indiqué par mél du 23 septembre 2021, la Chancellerie fédérale souhaite vous consulter sur le projet de message concernant la modification de la loi COVID-19 (prorogation de certaines dispositions).

Nous vous remercions de bien vouloir vous prononcer d'ici au :
6 octobre 2021

M. Patrick Mägli (patrick.maegli@bk.admin.ch, 058 463 13 49, jusqu'à vendredi 1^{er} octobre) et M. Stephan Brunner (stephan.brunner@bk.admin.ch; 058 462 11 51 : à partir du lundi 4 octobre) sont à votre disposition pour tout renseignement.

Veillez agréer, Mesdames, Messieurs, nos salutations les meilleures

Patrick Mägli

Consultazione dal 30.9. al 6.10.2021 presso i Cantoni e i partner sociali sulla bozza del messaggio concernente la modifica della legge COVID-19 (Proroga di alcune disposizioni)

Gentili Signore e Signori,

come preannunciato nell'e-mail del 23 settembre 2021 la Cancelleria federale desidera porre in consultazione la bozza del messaggio concernente la modifica della legge COVID-19 (Proroga di alcune disposizioni).

Siete cortesemente invitati a trasmetterci il vostro parere entro

mercoledì 6 ottobre 2021.

In caso di domande sono a vostra disposizione Patrick Mägli (patrick.maegli@bk.admin.ch, tel. 058 463 13 49; fino al 1° ottobre 2021) e Stephan Brunner (stephan.brunner@bk.admin.ch; tel. 058 462 41 51; da lunedì 4 ottobre a mercoledì 6 ottobre 2021).

Cordiali saluti

Patrick Mägli

Patrick Mägli
Jurist, Stv. Leiter

Bundeskanzlei
Sektion Recht

Bundeshaus West, 3003 Bern
Tel. +41 58 463 13 49
Fax +41 58 463 19 16
patrick.maegli@bk.admin.ch
www.bk.admin.ch

 **Bevor Sie dieses E-Mail ausdrucken: Denken Sie an die Umwelt!**



CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

PER E-MAIL

Schweizerische Bundeskanzlei
Herr Bundeskanzler Walter Turnherr
Bundeshaus West
3003 Bern

lic. iur. Armin Eberli
Landschreiber
Telefon 041 618 79 00
armin.eberli@nw.ch
Stans, 6. Oktober 2021

**Änderung des Covid-19-Gesetzes (Verlängerung von einzelnen Bestimmungen).
Stellungnahme**

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler

Mit Schreiben vom 30. September 2021 haben Sie die Kantone und die Sozialpartner zur Stellungnahme zum Entwurf der Botschaft zur Änderung des Covid-19-Gesetzes (Verlängerung einzelner Bestimmungen) eingeladen. Für diese Möglichkeit zur Mitwirkung bedanken wir uns bestens.

Das Covid-19-Gesetz ist nach Artikel 21 Absatz 2 grundsätzlich bis am 31. Dezember 2021 befristet. Gegen die Änderungen des Covid-19-Gesetzes wurde das Referendum ergriffen, über welches die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger am 28. November 2021 abstimmen werden. In diesem Zusammenhang haben wir gewisse Bedenken, dass unabhängig vom Abstimmungsergebnis dem Parlament bereits jetzt Verlängerungen einzelner Bestimmungen beantragt werden sollen.

Mit dieser Verlängerung möchte der Bundesrat sicherstellen, dass er im Fall einer anhaltenden Krise auch nächstes Jahr über die nötigen Instrumente verfügt, um die Pandemie und ihre Folgen insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Arbeitnehmerschutz, Sport und Kultur zu bekämpfen.

Die Verlängerung verfolgt namentlich die folgenden Ziele:

- die Versorgung mit medizinischen Gütern sicherzustellen;
- die Instrumente zur Bekämpfung der Covid-19-Epidemie (Contact-Tracing-System, Proximity-Tracing-System) weiterzuführen;
- einzelne Instrumente zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen (Massnahmen im Kultur- und Sportbereich) beizubehalten;
- die rechtlichen Grundlagen im Ausländer- und Asylbereich sowie im Bereich der Grenzschiessungen zu verlängern;
- die rechtlichen Grundlagen im Bereich des Verfahrensrechts teilweise zu verlängern.

Am 12. Mai 2021 hat der Bundesrat das strategische Vorgehen bei der Pandemie-Bekämpfung aufgezeigt. Am 11. August 2021 wurde der Übergang in die Normalisierungsphase beschlossen. Damit gab der Bundesrat der Erwartung Ausdruck, dass Erleichterungen und ein zeitnahe, weitgehender Ausstieg aus den einschränkenden Massnahmen erfolgen kann.

Selbstverständlich kennt der Regierungsrat des Kantons Nidwalden die terminlichen Herausforderungen und teilt die materiellen Begründungen für weite Teile der Vorlage. Mit Blick auf die Volksabstimmung vom 28. November 2021 empfehlen wir jedoch, mit der Vorlage des Geschäfts für die Zeit nach der Abstimmung zuzuwarten und dieses dem Parlament erst nach Vorliegen des Abstimmungsergebnisses zu unterbreiten. Wir sind uns bewusst, dass dazu von verschiedenen Beteiligten zusätzliche Anstrengungen zu leisten sind.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse
STAATSKANZLEI



lic. iur. Emanuel Brügger
Landschreiber-Stellvertreter

Geht an:

- recht@bk.admin.ch
- patrick.maegli@bk.admin.ch
- stephan.brunner@bk.admin.ch



CH-6061 Sarnen, St. Antonistrasse 4, FD

Elektronisch an:

stephan.brunner@bk.admin.ch

patrick.maegli@bk.admin.ch

Sarnen, 5. Oktober 2021

Coronavirus: Stellungnahme zur Konsultation zum Entwurf der Botschaft zur Änderung des Covid-19-Gesetzes (Verlängerung einzelner Bestimmungen)

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf die mit E-Mail vom 30. September 2021 zugestellte Einladung zur Stellungnahme zum Entwurf der Botschaft zur Änderung des Covid-19-Gesetzes (Verlängerung einzelner Bestimmungen).

Aus Sicht des Kantons Obwalden sind die vorgeschlagenen Änderungen sinnvoll und nachvollziehbar. Wir befürworten daher den vorgeschlagenen Entwurf vollumfänglich.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Maya Büchi-Kaiser
Regierungsrätin



Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Bundeskanzlei
Bundeshaus West
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 74 44
info.sk@sg.ch

St.Gallen, 6. Oktober 2021

Anhörung der Kantone zur Änderung des Covid-19-Gesetzes (Verlängerung von einzelnen Bestimmungen); Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler

Mit E-Mail vom 30. September 2021 lädt die Bundeskanzlei uns zur Stellungnahme zur geplanten Änderung des eidgenössischen Covid-19-Gesetzes¹ (Verlängerung von einzelnen Bestimmungen) mit Frist bis zum 6. Oktober 2021 ein. Wir danken Ihnen für diese Gelegenheit und äussern uns gern wie folgt:

Angesichts der unsicheren weiteren Entwicklung der Covid-19-Epidemie sieht der Bundesrat vor, dem eidgenössischen Parlament die Verlängerung von einzelnen Bestimmungen des eidgenössischen Covid-19-Gesetzes (SR 818.102) zu beantragen. Mit dieser Verlängerung soll sichergestellt werden, dass der Bundesrat im Fall einer anhaltenden Krise auch nächstes Jahr über die nötigen Instrumente verfügt, um die Covid-19-Epidemie und ihre Folgen insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Arbeitnehmerschutz, Sport und Kultur zu bekämpfen.

Die Regierung des Kantons St.Gallen kann diese Überlegungen im Wesentlichen nachvollziehen und stimmt dem Instrument der Verlängerung von Bestimmungen im Covid-19-Gesetz zu. Die Verlängerung in nachfolgenden Bereichen lehnen wir jedoch ab:

- Test- und Contact-Tracing-System (Art. 3b);
- Massnahmen im Bereich des Arbeitnehmerschutzes (Art. 4);
- Proximity-Tracing-System (Art. 60a, 62a, 80 Abs. 1 Bst. f, 83 Abs. 1 Bst. n des eidgenössischen Epidemienengesetzes [SR 818.101]).

Für folgende Bereiche sollte eine Verlängerung nur bis zum 30. Juni 2022 (anstatt bis zum 31. Dezember 2022) ins Auge gefasst werden:

- Massnahmen im Kulturbereich (Art. 11);
- Massnahmen zur Entschädigung des Erwerbsausfalls (Art. 15).

¹ SR 818.102.



Einzelheiten wollen Sie bitte den Ausführungen im Anhang entnehmen.

Für die Berücksichtigung unserer Anliegen danken wir Ihnen bestens.

Im Namen der Regierung



Marc Mächler
Präsident



Dr. Benedikt van Spyk
Staatssekretär

Beilage:
Anhang

Zustellung auch per E-Mail an:
patrick.maegli@bk.admin.ch; stephan.brunner@bk.admin.ch



Anhang zur Stellungnahme «Anhörung der Kantone zur Änderung des Covid-19-Gesetzes (Verlängerung von einzelnen Bestimmungen)»

Die Regierung des Kantons St.Gallen weist im Zusammenhang mit der genannten Vorlage im Einzelnen auf folgende Punkte hin:

Art. 3a (Geimpfte Personen) und 3b (Test- und Contact-Tracing-System)

Während der Verlängerung des Verzichts auf Quarantäne bei Geimpften zugestimmt werden kann (Art. 3a), sollte Art. 3b betreffend Test- und Contact-Tracing-System nicht verlängert werden. Die aktuelle Immunisierung der Bevölkerung durch Impfung und Erkrankung erlaubt die Fortführung des Übergangs in die Normalisierungsphase. Deshalb sollte der Entscheid über die Fortführung des Contact Tracings sowie dessen Ausmass vollumfänglich in der Kompetenz der Kantone liegen. Ressourcenintensive Meldevorgänge an den Bund müssen hierbei auf das Minimum reduziert werden.

Auch die Teststrategie des Bundes sollte den Übergang in die Normalisierung im Fokus haben und das Testen grundsätzlich in den freiwilligen Bereich (d.h. möglichst rasche Aufhebung der Zertifikatspflicht) verschieben. Das repetitive Testen in Firmen und Betrieben sollte bald durch die Firmen selbst zu finanzieren sein, denn sie profitieren von weniger Krankheitsausfällen. Der Fokus des Staates muss auf der Förderung der Impfung liegen.

Art. 4 (Massnahmen im Bereich des Arbeitnehmerschutzes)

Die Fortführung der Bestimmung zu Massnahmen im Bereich des Arbeitnehmerschutzes wird abgelehnt. Seitdem sich alle Impfwilligen zeitnah impfen konnten bzw. können, ist die Aufrechterhaltung von besonderen Schutzmassnahmen für vulnerable Gruppen am Arbeitsplatz nur noch in wenigen Fällen notwendig. Es handelt sich um Personen, die trotz Impfung keinen guten Schutz aufbauen oder sich nicht impfen lassen können. Abgesehen von diesen wenigen gut bekannten Personen müssen Massnahmen im Rahmen des regulären Arbeitnehmerschutzes wieder in den Vordergrund treten.

Art. 11 (Massnahmen im Kulturbereich)

Die Verlängerung der Bestimmungen zur Unterstützung des Kulturbereichs ist grundsätzlich zu begrüssen. Entsprechend den im erläuternden Bericht aufgeführten Argumenten werden die Kulturakteurinnen und -akteure auch über Ende des Jahres 2021 mit einer wirtschaftlich schwierigen Situation konfrontiert sein und noch keinen Normalbetrieb haben.

Die bisherigen Unterstützungsinstrumente haben sich als wirkungsvoll erwiesen und sollen gleichbleibend beibehalten werden. Insbesondere die Beiträge an Transformationsprojekte werden noch an Bedeutung gewinnen, da damit ein gezielter Strukturwandel in der Kulturbranche unterstützt werden kann. Ein grosser Teil der Kulturunternehmen wird gefordert sein, seine Angebote den geänderten Bedürfnissen des Publikums anzupassen und Besucherinnen und Besucher zurückzugewinnen oder strukturelle Neuausrichtungen (Organisation, Zusammenschlüsse, Kooperationen) vorzunehmen. Zudem erachten wir es als wichtig, dass die Praxis der A-fonds-perdu-Beiträge im Kulturbereich weitergeführt



wird. Es hat sich in der Anfangsphase der Pandemie beim Instrument der Soforthilfen gezeigt, dass die Vergabe von Darlehen im Kulturbereich nicht zielführend ist. Kulturunternehmen sind in aller Regel gemeinnützig organisiert. Die fehlende Gewinnorientierung verunmöglicht in den meisten Fällen eine spätere Rückzahlung von Darlehen.

Im Sinn einer Gleichbehandlung sämtlicher Branchen befürwortet der Kanton St.Gallen allerdings nur eine Verlängerung der Massnahmen im Kulturbereich bis zum 30. Juni 2022 und nicht wie vom Bund vorgeschlagen bis zum 31. Dezember 2022.

Art. 11 Abs. 7 (Kulturvereine im Laienbereich)

Wir beantragen, Art. 11 Abs. 7 dahingehend zu ergänzen, dass auch im Bereich der Laienkultur Transformationsprojekte unterstützt werden können. Gerade dieser für die kulturelle Vielfalt der Schweiz und die zivilgesellschaftliche Partizipation wichtige Bereich des kulturellen Lebens ist von den Folgen der Pandemie besonders hart getroffen.

Art. 15 (Massnahmen zur Entschädigung des Erwerbsausfalls)

Die Verlängerung des Corona-Erwerbsersatzes für Personen, die direkt von Massnahmen im Zusammenhang mit der Bewältigung der Covid-19-Epidemie betroffen sind, d.h. Personen, die wegen einer Quarantäneanordnung ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen müssen, ist grundsätzlich zu begrüssen. Dazu zählt primär eine für die versicherte Person angeordnete Kontaktquarantäne. Ebenfalls soll die Entschädigung bei Schliessungen von Betreuungseinrichtungen oder einer Quarantäne der für die Betreuung vorgesehenen Person verlängert werden. Für den Fall, dass die Massnahmen zum Schutz von besonders gefährdeten Arbeitnehmenden und Selbständigerwerbenden im Rahmen der eidgenössischen Covid-19-Verordnung 3 (SR 818.101.24) weitergeführt werden, soll auch der Anspruch auf Corona-Erwerbsersatz für diese Personen verlängert werden. Ein Anspruch soll bestehen, wenn besonders gefährdete Arbeitnehmende und Selbständigerwerbende ihre Arbeit nicht von Zuhause aus erledigen können und kein adäquater Schutz am Arbeitsplatz möglich ist.

Allerdings spricht sich der Kanton St.Gallen dafür aus, dass die Verlängerung dieser Bestimmungen längstens bis zum 30. Juni 2022 gilt. Bis zu diesem Zeitpunkt ist der grösste Teil der Schweizer Bevölkerung geimpft oder genesen. Zudem kann dadurch eine Gleichbehandlung der verschiedenen Branchen sichergestellt werden (Sport, Veranstaltungen, Kultur usw.).

Der Verzicht auf eine Fortführung der Entschädigung für Personen, die nur indirekt betroffen sind, ist zu befürworten. Dies betrifft die massgebliche Einschränkung der Erwerbstätigkeit bei einer Umsatzeinbusse von mindestens 30 Prozent. Dass hier keine Verlängerung mehr vorgesehen ist, entspricht der vom Bundesrat formulierten Transitionsstrategie, die der Kanton St. Gallen mitträgt. Zudem kann dadurch eine Ungleichbehandlung von Unternehmen, die unter das Härtefallprogramm fallen, und Selbständigerwerbenden, die Corona-Erwerbsersatz erhalten, vermieden werden.

Art. 19 Abs. 2 (Delegationsnorm Härtefallmassnahmen)

Die Schaffung einer derartigen Delegationsnorm erachten wir als sinnvoll. Sie ermöglicht dem Bundesrat, in sachlich beschränktem Ausmass über einen längeren Zeitraum Regelungen zur Abwicklung von Härtefallmassnahmen im Verhältnis Bund und Kantone treffen



zu können. Die Befugnisse des Bundesrates betreffen nur Fälle, für welche die Härtefallgesuche bis am 31. Dezember 2021 bei den Kantonen eingegangen sind, die aber – zum Beispiel aufgrund von kantonalen Verfahren – erst später abgeschlossen werden können. Das heisst, dass über diese Delegationsnorm keine neuen, vom Bund mitfinanzierten Härtefallmassnahmen für Unternehmen eingeführt oder bestehende ausgeweitet werden können, sondern lediglich Regelungen über die Bewirtschaftung, den Vollzug und die Abwicklung von Härtefallmassnahmen der Kantone getroffen werden können – insbesondere solche, die für ein reibungsloses Funktionieren der Abrechnung zwischen den Kantonen und dem Bund notwendig sind.

Art. 60a, 62a, 80 Abs. 1 Bst. f, 83 Abs. 1 Bst. n EpG (Proximity-Tracing-System)

Die Fortführung der Bestimmungen zum Proximity-Tracing-System (SwissCovid-App) wird abgelehnt. Es konnte in über einem Jahr Betrieb nicht schlüssig dargelegt werden, dass der Verlauf der Pandemie durch das Proximity-Tracing-System beeinflusst wird. Die Kosten sind exorbitant. Stand heute wurden seit Juni 2020 in der App lediglich 87'578 von total 809'332 Fällen eingegeben (gemäss Bundesamt für Gesundheit). Das sind gerade einmal 10 Prozent. Die im erläuternden Bericht angegebenen Zahlen sind im Verhältnis zu den Fallzahlen zu sehen. Vom 17. bis 23. September 2021 wurden 9'934 Fälle gemeldet. Täglich wurden zwischen 39 und 79 Codes eingegeben. Das ist vernachlässigbar. Der Kanton St.Gallen befürwortet unter Anwendung der WZW-Kriterien (wirksam, zweckmässig und wirtschaftlich) die ersatzlose Aufhebung dieses Systems.

Art. 1 Abs. 1 Bst. a OBG Ziff. 12a

Die Fortführung der Bestimmungen zu den Ordnungsbussen wird ausdrücklich begrüsst.

Regierungsrat _____

Schweizerische Bundeskanzlei
Bundeshaus West
3003 Bern

Per E-Mail:
stephan.brunner@bk.admin.ch

Schaffhausen, 5. Oktober 2021

Konsultation der Kantone und der Sozialpartner zum Entwurf der Botschaft zur Änderung des Covid-19-Gesetzes (Verlängerung einzelner Bestimmungen)

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit E-Mail vom Donnerstag, 30. September 2021 haben Sie die Kantone im Rahmen einer Kurzkonsultation zur Stellungnahme eingeladen. Für diese Gelegenheit danken wir.

Der Kanton Schaffhausen begrüssst im Grundsatz die vorgesehenen Verlängerungen der verschiedenen Instrumente der Bekämpfung der Covid-19-Pandemie und deren Folgen. Insbesondere für jene Bestimmungen, welche den Gesundheitsschutz betreffen (u.a. Sicherstellung der Versorgung mit medizinischen Gütern, Testung oder Contact Tracing) werden ausdrücklich mitgetragen.

Im wirtschaftlichen Bereich unterstützt der Regierungsrat des Kantons Schaffhausen die eingeschlagene wirtschaftspolitische Transitionsstrategie grundsätzlich, dies auch bezüglich der Härtefallmassnahmen. Es darf allerdings nicht ausser Acht gelassen werden, dass viele Unternehmen aufgrund der Covid-19-Krise trotz der Unterstützungsmassnahmen nicht über genügend Reserven verfügen, um neuerliche Umsatzrückgänge zu verkraften. Dem kommenden Winterhalbjahr wird daher von vielen Betrieben - namentlich von solchen, die nicht von einem Wintertourismus profitieren können - mit Sorge entgegengeblickt. Es besteht die Befürchtung, dass Umsätze in einzelnen Branchen aufgrund der Zertifikatspflicht weiter zurückgehen könnten. Auch ist noch nicht absehbar, was geschieht, wenn das Covid-Zertifikat bei der nationalen Abstimmung scheitern würde. Dies hätte gegebenenfalls wiederum einen entsprechend negativen Effekt auf die Tourismus- und Reisebranche. Es wird angeregt, dass vor dem Hintergrund dieser Unsicherheiten die erforderlichen gesetzlichen Grundlagen zu

schaffen sind, um die Erleichterungen bei der Kurzarbeitsentschädigung bis mindestens 30. April 2022 verlängern zu können.

Im Kulturbereich trägt der Regierungsrat die Stellungnahme der KBK-Delegation zum Vollzug des Covid-19-Gesetzes mit. Demnach wird die Verlängerung der Massnahmen im Kulturbereich vorbehaltlos unterstützt. Die bisherigen Unterstützungsinstrumente haben sich als wirkungsvoll erwiesen und sollen gleichbleibend beibehalten werden. Insbesondere die Beiträge an Transformationsprojekte werden 2022 noch an Bedeutung gewinnen, da damit ein gezielter Strukturwandel in der Kulturbranche unterstützt werden kann. Ein grosser Teil der Kulturunternehmen wird gefordert sein, ihre Angebote den geänderten Bedürfnissen des Publikums anzupassen und Besucherinnen und Besucher zurückzugewinnen oder gar strukturelle Neuausrichtungen (Organisation, Zusammenschlüsse, Kooperationen) vorzunehmen. Solche Transformationsprojekte sollen auch im Bereich der Laienkultur möglich sein. Die Praxis der à-fonds-perdu-Beiträge soll weitergeführt werden. Es hat sich in der Anfangsphase der Pandemie beim Instrument der Soforthilfen gezeigt, dass die Vergabe von Darlehen im Kulturbereich nicht zielführend ist. Das Instrument der Soforthilfen wurde deshalb bekanntlich bereits bei der ersten Revision der Notverordnung wieder gestrichen. Kulturunternehmen sind in aller Regel gemeinnützig organisiert. Die fehlende Gewinnerorientierung verunmöglicht in den meisten Fällen deshalb eine spätere Rückzahlung von Darlehen.

Generell begrüsst der Regierungsrat die vorgesehenen Verlängerungen der diversen Instrumente auch unter Hinweis auf den Umstand, dass bei einer drastischen Verschlechterung der epidemiologischen Lage die rechtlichen Voraussetzungen für ein Handeln des Bundesrats auf Grundlage von Art. 185 Abs. 3 der schweizerischen Bundesverfassung kaum mehr gegeben wären. Dies trägt mithin zur Rechtssicherheit und dem Vertrauensschutz bei.

Wir bedanken uns im Voraus für die Berücksichtigung dieser Stellungnahme.

Freundliche Grüsse
Im Namen des Regierungsrates
Der Präsident:



Walter Vogelsanger

Der Staatsschreiber:



Dr. Stefan Bilger

Departement des Innern

Ambassadorsenhof/Riedholzplatz 3
4509 Solothurn
Telefon 032 627 93 61
inneres@ddi.so.ch

Susanne Schaffner
Frau Landammann

elektronisch
Bundeskanzlei
Bundeshaus West
3003 Bern

1. Oktober 2021

**Änderung des Covid-19-Gesetzes (Verlängerung von einzelnen Bestimmungen);
Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Für die Gelegenheit zur Vernehmlassung in oben angeführter Angelegenheit bedanken wir uns und nehmen wie folgt Stellung:

Wir begrüssen die geplante Änderung des Covid-19-Gesetzes, welche keine wesentlichen inhaltlichen Anpassungen, sondern hauptsächlich die Verlängerung von bereits gegenwärtig bestehenden Vorschriften beinhaltet, vollumfänglich. Die Entwicklung der Covid-19-Epidemie im kommenden Jahr lässt sich infolge der sich rasch ändernden Verhältnisse und der naturgemäss bestehenden Unwägbarkeiten nicht bzw. nur schwerlich verlässlich einschätzen. Deshalb ist es unabdingbar, dass der Bundesrat weiterhin über die erforderlichen Kompetenzen zur Bekämpfung der Epidemie und ihrer Folgen verfügt. Dies betrifft insbesondere die Bereiche Gesundheit, Arbeitnehmerschutz, Ordnungsbussen, Ausländer- und Asylbereich sowie Grenzschiessung, Verfahrensrecht, Sport und Kultur sowie Entschädigung des Erwerbsausfalls. Wir erachten sowohl die Auswahl der für eine Verlängerung vorgesehenen Gesetzesartikel als auch die geplante Dauer der Verlängerung (Massnahmen im Sportbereich: 30. Juni 2022; übrige Massnahmen: 31. Dezember 2022) als sachgerecht.

Ein Verzicht auf die vorgeschlagene Verlängerung der betreffenden Bestimmungen des Covid-19-Gesetzes würde zu erheblichen Rechtsunsicherheiten in Bezug auf die weitere zweckmässige Bekämpfung der Covid-19-Epidemie führen, da die Kompetenz des Bundesrats zum Erlass von Notverordnungsrecht höchst fraglich wäre und vertieft geprüft werden müsste. Die beantragten Verlängerungen sind somit zwecks Gewährleistung der künftigen Handlungsfähigkeit des Bundesrats dringend angezeigt.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse



Susanne Schaffner
Frau Landammann

Von: [Mathias E. Brun](#)
An: [Mägli Patrick BK](#)
Cc: [Brunner Pohlenz Stephan BK](#)
Betreff: AW: Covid-19-Gesetz - Konsultation (Verlängerung einzelner Bestimmungen): Stellungnahme des Kantons Schwyz
Datum: Freitag, 1. Oktober 2021 15:05:02

Sehr geehrter Herr Mägli

Besten Dank für die Gelegenheit zur Stellungnahme. Zur beabsichtigten Änderung des Covid-19-Gesetzes (Verlängerung einzelner Bestimmungen) nimmt der Regierungsrat des Kantons Schwyz wie folgt Stellung:

Gesundheitsversorgung / Contact Tracing

Grundsätzlich ist die Verlängerung der vorgeschlagenen Bestimmungen bei andauernder Pandemiesituation und zwecks Rechtssicherheit zu begrüssen.

Wir weisen jedoch ausdrücklich darauf hin, dass jede Massnahme immer im Zusammenhang mit der Belastung der Spitäler bzw. der Intensivbetten gesehen werden muss. Der Regierungsrat teilt die Haltung, dass die aktuelle Situation noch mit verschiedenen Unsicherheiten verbunden ist. Insbesondere, dass aktuell noch immer ein grosses Risiko besteht, dass das Infektionsgeschehen in den nächsten Wochen aufgrund der zunehmend tieferen Temperaturen und dem vermehrten Aufenthalt in Innenräumen wieder zunehmen könnte. Die epidemische Situationsentwicklung muss daher in den nächsten Wochen genau beobachtet und monitorisiert werden. Sollte sich zeigen, dass die Situation respektive im Besonderen die Kapazitäten der Spitäler und vor allem der Intensivpflegestationen trotz dem vermehrten Aufenthalt in Innenräumen stabil bleibt, erwarten wir, dass der Bundesrat die erlassenen einschränkenden Massnahmen entsprechend zeitnah anpasst und dabei vor allem die Zertifikatspflicht wieder rückgängig macht.

Allgemeine Wirtschaftshilfen

Wir unterstützen die Absicht des Bundesrates, die ausserordentlichen allgemeinen Wirtschaftshilfen (wie die Massnahmen in den Bereichen: Arbeitslosenversicherung, Corona-Erwerbersatz, Härtefälle oder den Schutzschirm für Veranstaltungen) nicht zu verlängern. Eine Verlängerung der ausserordentlichen Wirtschaftshilfen wäre nicht kohärent mit der vom Bundesrat am 1. September 2021 bekräftigten Transitionsstrategie, die den schrittweisen Ausstieg aus den Sonderhilfen und die Rückkehr zum ordentlichen wirtschaftspolitischen Instrumentarium vorsieht.

Ausländer- und Asylbereich sowie Grenzschiessung

Wir unterstützen die Absicht des Bundesrates, dass in diesen Bereichen die vorgesehenen Massnahmen bei einem ausgewiesenen Bedarf auch nach dem 31. Dezember 2021 möglich sind.

Ich bitte Sie, mir den Erhalt dieses E-Mails zu bestätigen.

Mit freundlichen Grüssen

Dr. Mathias E. Brun
Staatschreiber

Kanton Schwyz

Staatskanzlei | Regierungsgebäude | Postfach 1260 | CH-6431 Schwyz

Direkt: 041 819 26 01 | Sekretariat: 041 819 26 11

Mail: stk@sz.ch | Web: www.sz.ch

Von: Patrick.Maegli@bk.admin.ch <Patrick.Maegli@bk.admin.ch>

Gesendet: Donnerstag, 30. September 2021 08:20

Betreff: Covid-19-Gesetz Konsultation der Kantone und der Sozialpartner / Loi COVID-19:
Consultation des cantons et des partenaires sociaux / Legge COVID-19: Consultazione presso i
Cantoni e i partner sociali

Konsultation der Kantone und der Sozialpartner zum Entwurf der Botschaft zur Änderung des Covid-19-Gesetzes (Verlängerung einzelner Bestimmungen) vom 30.9. bis 6.10.2021

Sehr geehrte Damen und Herren

Wie mit dem E-Mail vom 23. September 2021 angekündigt, möchte Sie die Bundeskanzlei zum Entwurf der Botschaft des Bundesrates zur Änderung des Covid-19-Gesetzes (Verlängerung einzelner Bestimmungen) konsultieren.

Wir bitten Sie um Ihre Stellungnahme bis am

Mittwoch, 6. Oktober 2021

Für Fragen stehen Ihnen Herr Patrick Mägli (patrick.maegli@bk.admin.ch, 058 463 13 49; bis am Freitag 1. Oktober 2021) und Herr Stephan Brunner (stephan.brunner@bk.admin.ch; 058 462 41 51; vom Montag 4. Oktober bis Mittwoch, 6. Oktober 2021) zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Patrick Mägli

Projet de message concernant la modification de la loi COVID-19 (prorogation de certaines dispositions). Consultation des cantons et des partenaires du 30.9 au 6.10.2021

Mesdames, Messieurs,

Comme nous vous l'avons indiqué par mél du 23 septembre 2021, la Chancellerie fédérale souhaite vous consulter sur le projet de message concernant la modification de la loi COVID-19 (prorogation de certaines dispositions).

Nous vous remercions de bien vouloir vous prononcer d'ici au :
6 octobre 2021

M. Patrick Mägli (patrick.maegli@bk.admin.ch, 058 463 13 49, jusqu'à vendredi 1^{er} octobre) et
M. Stephan Brunner (stephan.brunner@bk.admin.ch; 058 462 11 51 : à partir du lundi 4 octobre)

sont à votre disposition pour tout renseignement.

Veuillez agréer, Mesdames, Messieurs, nos salutations les meilleures

Patrick Mägli

Consultazione dal 30.9. al 6.10.2021 presso i Cantoni e i partner sociali sulla bozza del messaggio concernente la modifica della legge COVID-19 (Proroga di alcune disposizioni)

Gentili Signore e Signori,

come preannunciato nell'e-mail del 23 settembre 2021 la Cancelleria federale desidera porre in consultazione la bozza del messaggio concernente la modifica della legge COVID-19 (Proroga di alcune disposizioni).

Siete cortesemente invitati a trasmetterci il vostro parere entro

mercoledì 6 ottobre 2021.

In caso di domande sono a vostra disposizione Patrick Mägli (patrick.maegli@bk.admin.ch, tel. 058 463 13 49; fino al 1° ottobre 2021) e Stephan Brunner (stephan.brunner@bk.admin.ch; tel. 058 462 41 51; da lunedì 4 ottobre a mercoledì 6 ottobre 2021).

Cordiali saluti

Patrick Mägli

Patrick Mägli

Jurist, Stv. Leiter

Bundeskanzlei

Sektion Recht

Bundeshaus West, 3003 Bern

Tel. +41 58 463 13 49

Fax +41 58 463 19 16

patrick.maegli@bk.admin.ch

www.bk.admin.ch

 **Bevor Sie dieses E-Mail ausdrucken: Denken Sie an die Umwelt!**

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches
Departement des Innern
Herr Alain Berset
Bundesrat
3003 Bern

Frauenfeld, 5. Oktober 2021
588

Änderung des Covid-19-Gesetzes (Verlängerung einzelner Bestimmungen)

Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme in erwähnter Angelegenheit. Die vorgeschlagene Verlängerung verschiedener Gesetzesbestimmungen im Covid-19-Gesetz und im Epidemiengesetz begrüssen wir im Grundsatz.

Allerdings weisen wir darauf hin, dass es sich dabei um Notrecht gemäss Art. 165 der Bundesverfassung (BV) handelt. Dabei liegt die oberste Gewalt im Bund nicht mehr bei Volk und Ständen (vgl. Art. 148 BV), sondern aufgrund einer Notlage und zugunsten der Handlungsfähigkeit der Schweiz ausnahmsweise und zeitlich befristet beim Bundesrat. Aufgrund der aktuellen und kommenden Lage, namentlich einer ausreichenden Impfquote oder möglicher Medikamente gegen Covid-19, erscheint uns die Verlängerung staatsrechtlich grenzwertig. Zudem ist das Parlament handlungsfähig. Wieso nicht das Parlament ein ordentliches Gesetz erlassen kann, ist mittlerweile nur noch schwer begründbar. Ebenso ist nicht a priori ersichtlich, worin die Notlage besteht, die den Grund dafür darstellt, dass die Macht von Volk und Ständen als letztes Mittel ausnahmsweise auf den Bundesrat übertragen werden muss. Wir regen daher an, die Verlängerung bis Ende März 2022 zu befristen. Dies bietet genug Zeit, um das Parlament an zwei ordentlichen Sessionen einzubeziehen und eine gesetzliche Grundlage auf dem ordentlichen Weg aufzugleisen.

Nebenbei merken wir an, dass es in Art. 21 Abs. 11 Covid-19-Gesetz "10 Die Geltungsdauer von Art. 15 Abs. 5 wird ..." heissen sollte.

2/2

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unseres Anliegens.

Mit freundlichen Grüßen

Die Präsidentin des Regierungsrates

Mauri

Der Staatsschreiber

R.S.



Numero
4900

fr

0

Bellinzona
6 ottobre 2021

Consiglio di Stato
Piazza Governo 6
Casella postale 2170
6501 Bellinzona
telefono +41 91 814 41 11
fax +41 91 814 44 35
e-mail can@ti.ch
web www.ti.ch

Repubblica e Cantone
Ticino

Il Consiglio di Stato

Alla
Cancelleria federale
Palazzo federale ovest
3003 Berna

Invio per posta elettronica a:
patrick.maegli@bk.admin.ch
stephan.brunner@bk.admin.ch

Consultazione sulla proroga di alcune disposizioni della legge COVID-19

Gentili signore, egregi signori,

con la presente prendiamo posizione sulla consultazione menzionata, promossa dal 30 settembre al 6 ottobre 2021. Deploriamo una volta di più la brevità del termine assegnato, che non appare giustificata da esigenze di urgenza e neppure di imprevedibilità.

Condividiamo che l'evoluzione ancora incerta della pandemia rende opportuno prorogare di un anno rispetto alla scadenza attualmente fissata del 31 dicembre 2021 le disposizioni della legge nel settore dell'assistenza sanitaria, in particolare per l'approvvigionamento di materiale medico, e le norme su cui si fondano i sistemi di tracciamento dei contatti e della prossimità.

Per quanto riguarda gli aiuti economici, accogliamo favorevolmente l'introduzione dell'art. 19 cpv. 2 e la modifica di cui all'art. 16 che permettono, da una parte, di garantire la copertura finanziaria federale anche per le procedure relative ai casi di rigore che si potranno chiudere definitivamente solo nel 2022 a causa di ricorsi e, d'altra parte, di poter allungare la tempistica per la firma del contratto concernente l'utilizzo della prima parte della riserva federale.

In ambito di provvedimenti nel settore dello sport, salutiamo positivamente la proposta di proroga dell'articolo 12b e del correlato articolo 13 sino alla fine della stagione 2021/2022, più precisamente sino al 30 giugno 2022.

Sosteniamo altresì l'idea di prolungare la base legale che garantisce le misure di sostegno per il settore culturale, ancora in difficoltà nonostante un principio di ripresa. Il progetto di riportare al 2022 i crediti non consumati nel 2021 è particolarmente benvenuto.

Vogliate gradire, gentili signore, egregi signori, l'espressione della nostra massima stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente


Manuele Bertoli

Il Cancelliere


Arnaldo Coduri

Copia a:

- Dipartimento federale degli interni, Segreteria generale (info@gs-edi.admin.ch)
- Conferenza delle direttrici e dei direttori cantonali della sanità (office@gdk-cds.ch)
- Consiglio di Stato (decs-dir@ti.ch; dfe-dir@ti.ch; di-dir@ti.ch; dss-dir@ti.ch; dt-dir@ti.ch; can-sc@ti.ch)
- Divisione della salute pubblica (dss-dsp@ti.ch)
- Ufficio del medico cantonale (dss-umc@ti.ch)
- Deputazione ticinese alle Camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch)
- Pubblicazione in Internet



Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Bundeskanzlei
Bundeshaus West
3003 Bern

Entwurf der Botschaft zur Änderung des Covid-19-Gesetzes (Verlängerung einzelner Bestimmungen); Konsultation

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 30. September 2021 unterbreiten Sie uns den Entwurf der Botschaft zur Änderung des Covid-19-Gesetzes (Verlängerung einzelner Bestimmungen) zur Konsultation.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und äussern uns zur beabsichtigten Änderung des Covid-19-Gesetzes (Verlängerung einzelner Bestimmungen) wie folgt:

1. Grundsätzliche Überlegungen

Gegen die Änderungen des Covid-19-Gesetzes vom 19. März 2021 wurde das Referendum ergriffen, über das das Schweizer Stimmvolk am 28. November 2021 abstimmen wird. Wir sind uns darüber im Klaren, dass die vorgeschlagene Verlängerung einzelner Bestimmungen des Covid-19-Gesetzes materiell keinen unmittelbaren Zusammenhang mit der Referendumsabstimmung vom 28. November 2021 hat. Trotzdem haben wir grösste Bedenken, dass dem Parlament im Vorfeld - unbesehen vom Abstimmungsergebnis vom 28. November 2021 - Verlängerungen einzelner Bestimmungen des Covid-19-Gesetzes beantragt werden. Ein solches Vorgehen ist angetan dazu, das Vertrauen in die politischen Entscheidungsträger zu schwächen und deren Glaubwürdigkeit zu untergraben. Gerade das aber sollte in der gegebenen Situation tunlichst vermieden werden.

Mit dem Drei-Phasen-Modell vom 12. Mai 2021 hat der Bundesrat das strategische Vorgehen bei der

Pandemie-Bekämpfung aufgezeigt. Dieses orientiert sich am Fortschritt der Durchimpfung der Bevölkerung. In den ersten beiden Phasen («Schutz- bzw. Stabilisierungsphase»), während denen noch nicht alle erwachsenen impfwilligen Personen Zugang zur Impfung hatten, waren allgemeine Massnahmen zum Schutz der impfwilligen Bevölkerung angezeigt. Seit nun alle erwachsenen Personen die Möglichkeit einer vollständigen Impfung erhalten haben, wurde formal eine Neuausrichtung der Massnahmen vorgenommen: Die Massnahmen dienen nun nicht mehr dem Schutz der (noch) ungeimpften Bevölkerung, sondern werden nur noch ergriffen, falls eine Überlastung des Gesundheitssystems droht («Normalisierungsphase»). Der Bundesrat hat am 11. August 2021 den Übergang in die Normalisierungsphase beschlossen und damit der Erwartung Ausdruck gegeben, dass damit beifolgend Erleichterungen und ein zeitnaher, weitgehender Ausstieg aus den einschränkenden Massnahmen verbunden ist.

Vor diesem Hintergrund lehnen wir die Verlängerung der Definitionskompetenz gemäss Artikel 1a für die Auslösung von «einschränkenden Massnahmen» um ein weiteres Jahr ab. Der Bundesrat hat - zusammen mit den Kantonen - die Schweiz gut durch die Pandemie geführt. Wir haben nun die Erwartung, dass er die Schweiz - zusammen mit den Kantonen - nun raschmöglichst aus der Pandemie führt. Eine Verlängerung der Bestimmung um ein weiteres Jahr ist nicht notwendig.

Ein zeitnaher, weitgehender Ausstieg aus den einschränkenden Massnahmen schliesst indessen nicht aus, dass gewisse unterstützende Massnahmen weiterhin notwendig sind oder wieder notwendig werden können. Die in der vorliegenden Botschaft vorgeschlagenen Verlängerungen der unterstützenden Massnahmen sind daher angezeigt.

Selbstverständlich haben wir «Zugang» zu den terminlichen Herausforderungen und teilen die materiellen Begründungen für weite Teile der Vorlage - trotzdem empfehlen wir dringend, mit der Vorlage des Geschäfts für die Zeit nach der Volksabstimmung vom 28. November 2021 zuzuwarten und die Verlängerung dem Parlament erst nach Vorliegen des Abstimmungsergebnisses zu unterbreiten. Wir sind uns bewusst, dass dazu von verschiedenen Beteiligten «Efforts» zu leisten und gesetzgeberisch unkonventionelle Wege zu beschreiten sind.

2. Gesundheitsversorgung/Contact Tracing

Grundsätzlich ist die Verlängerung der vorgeschlagenen Bestimmungen bei andauernder Pandemie-situation und zwecks Rechtssicherheit zu begrüssen.

Selbstverständlich sind alle hier subsumierten Massnahmen immer im Zusammenhang mit der Belastung des Gesundheitssystems (insbesondere der Spitäler und der Intensivpflegestationen) zu sehen. Sollte sich zeigen, dass den Spitälern und vor allem den Intensivpflegestationen keine Überlastung droht, sind die erlassenen einschränkenden Massnahmen zeitnah anzupassen bzw. rückgängig zu machen.

3. Allgemeine Wirtschaftshilfen

Wir unterstützen die Absicht des Bundesrats, die ausserordentlichen, allgemeinen Wirtschaftshilfen (wie die Massnahmen in den Bereichen: Arbeitslosenversicherung, Corona-Erwerbssersatz, Härtefälle

oder den Schutzschirm für Veranstaltungen) nicht zu verlängern. Eine Verlängerung der ausserordentlichen Wirtschaftshilfen wäre nicht kohärent mit der vom Bundesrat am 1. September 2021 bekräftigten Transitionsstrategie, die den schrittweisen Ausstieg aus den Sonderhilfen und die Rückkehr zum ordentlichen wirtschaftspolitischen Instrumentarium vorsieht.

Die Einschränkungen im Kulturbereich und Sportbereich sind tatsächlich noch da. Es handelt sich dabei aber primär um Probleme, das Publikum zurückzugewinnen, respektive um Unsicherheiten betreffend epidemiologischer Entwicklung. Wir begrüßen deshalb im Grundsatz, dass die Massnahmen über den 31. Dezember 2021 verlängert werden sollen. Ob die Verlängerung tatsächlich bis am 31. Dezember 2022 dauern muss, ist für uns aber fraglich. Wir empfehlen deshalb die Prüfung einer Beschränkung der Verlängerung per Ende April 2022 oder Ende Juni 2022 (Schutzschirm, respektive nationaler Sport).

4. Ausländer- und Asylbereich sowie Grenzschliessung

Wir unterstützen die Absicht des Bundesrats, dass in diesen Bereichen die vorgesehenen Massnahmen bei einem ausgewiesenen Bedarf auch nach dem 31. Dezember 2021 möglich sind.

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Altdorf, 6. Oktober 2021



Im Namen des Regierungsrats

Der Landammann

Der Kanzleidirektor


Urban Camenzind


Roman Balli



CONSEIL D'ETAT

Château cantonal
1014 Lausanne

Par courriel uniquement

Chancellerie fédérale
Palais fédéral ouest
3003 Berne

patrick.maegli@bk.admin.ch
stephan.brunner@bk.admin.ch

Réf. : 21_COU_7514

Lausanne, le 6 octobre 2021

Modification de la loi COVID-19 (prorogation de certaines dispositions)

Madame, Monsieur,

Le Conseil d'Etat a bien reçu le projet de modification du 30 septembre 2021 cité en titre et l'ensemble des éléments concernés a retenu toute son attention. Il vous remercie de lui donner la possibilité de s'exprimer dans le cadre de cette consultation et a l'avantage de vous faire part des considérations suivantes.

De manière générale, le Gouvernement vaudois reçoit de manière très favorable les modifications envisagées dans le cadre de la présente consultation et approuve sans réserve la prorogation des dispositions de la loi COVID-19 mentionnées dans le projet au-delà du 31 décembre 2021, ainsi que l'extension du délai permettant de finaliser le traitement des cas de rigueur.

En raison de l'incertitude liée à l'évolution de la pandémie de COVID-19, ainsi que des exigences d'accès à certains lieux ou à des événements, la situation des acteurs de l'économie, de la culture et du sport pourrait être encore marquée par des contraintes et des difficultés en 2022. La prolongation des mesures proposée est ainsi particulièrement adaptée à leurs besoins, ces instruments s'étant révélés efficaces.

L'évolution de la situation demeurant incertaine, le Conseil d'Etat estime nécessaire, à l'instar de la Confédération, de maintenir la possibilité de mobiliser les capacités sanitaires ainsi que le prévoit le projet mis en consultation jusqu'au 31 décembre 2022. De manière générale l'ensemble du dispositif de prévention et de traçage doit donc pouvoir être maintenu ou réactivé en cas de besoin, ainsi que le système de traçage de proximité. Durant toute cette période, il convient donc de maintenir le dispositif de protection des travailleurs prévu à l'art. 4 de la loi COVID-19.

Dans la même perspective, le Gouvernement vaudois salue la prolongation des mesures en faveur des travailleurs indépendants et de manière générale des employés subissant une perte de gain en raison de possibles fermetures pour raisons sanitaires. Il approuve également le maintien des mesures de soutien à fond perdu dans le domaine du sport professionnel jusqu'au 30 juin et dans le secteur de la culture jusqu'au 31 décembre 2022.

Dans ce secteur particulier, il souligne que les contributions aux projets de transformation deviendront plus importantes encore en 2022 car elles permettent de soutenir un changement structurel ciblé dans le secteur culturel. Un grand nombre d'entreprises devront adapter leur offre

aux nouveaux besoins du public, le reconquérir ou procéder à des réorganisations, développer des coopérations ou opérer des fusions. Le Conseil d'Etat estime important que ces projets de transformation puissent également soutenir le domaine de la culture amateur, important pour la diversité culturelle en Suisse et la participation de la société civile. Parallèlement au monde professionnel, ce tissu culturel a également été particulièrement touché par les conséquences de la pandémie.

Sur le plan financier, il est d'avis que la répartition actuelle des coûts entre Confédération et cantons doit être maintenue et considère réaliste qu'une ligne de crédit de 200 millions soit ouverte pour financer les mesures prévues à l'art. 11 jusqu'à fin 2022. Il souligne néanmoins que le solde disponible sur l'exercice en cours devrait être reporté sur l'année 2022 en sus de la ligne de crédit de 200 millions proposée au Parlement fédéral.

A ce stade, le Conseil d'Etat formule cependant une question quant à la quotité de la réserve fédérale pour **les cas de rigueur**, qui se monte actuellement à CHF 300 millions. Les perspectives à moyen terme, notamment dans le secteur de l'hôtellerie font craindre que ce montant ne soit probablement pas suffisant et il demande ainsi formellement à la Confédération de prévoir d'ores et déjà une extension de cette réserve.

Pour le surplus, la prorogation des dispositions liées aux domaines de la santé, de l'asile et des étrangers, ainsi que du droit procédural n'appelle pas de commentaire particulier, dans la mesure où elle semble tout à fait justifiée, voire logique, au vu de la situation actuelle.

Vous sachant gré de l'attention que vous voudrez bien porter aux présentes déterminations, le Conseil d'Etat vous prie d'agréer, Madame, Monsieur, l'expression de ses sentiments distingués.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LA PRESIDENTE



Nuria Gorrite

LA CHANCELIERE a.i



Sandra Nicollier

Copie

- Office des affaires extérieures



Chancellerie fédérale
par mail
patrick.maegli@bk.admin.ch
stephan.brunner@bk.admin.ch

Notre réf. /
Votre réf. /

Date 6 octobre 2021

**Modification de la loi COVID-19. Prorogation de certaines dispositions.
Réponse à la consultation urgente**

Madame, Monsieur,

Le 30 septembre 2021, le Chancellerie fédérale a soumis à consultation un projet de modification de la Loi COVID-19 prolongeant certaines dispositions de ladite loi, avec délai de réponse au 6 octobre 2021. Le Conseil d'Etat du canton du Valais vous remercie de lui avoir soumis les projets de modification de la loi COVID-19 et de message y relatifs. Il soutient largement les propositions présentées et vous fait part ci-après de sa détermination.

Art. 12b, al. 8 Restitution des contributions (clubs sportifs)

Aucune remarque. Nous rejoignons la proposition formulée.

*Art. 15, al. 1, 4 et 5 Versement d'allocations pertes de gain
Art. 21, al. 11*

Aucune remarque. Nous rejoignons la proposition formulée.

Art. 19 al. 2 Participation de la Confédération aux mesures pour cas de rigueur

La modification proposée permettra aux cantons de régler jusqu'en 2031 les demandes d'aides cas de rigueur déposées jusqu'au 31 décembre 2021 qui n'auraient pas encore été remontées à la Confédération, leur traitement n'étant pas terminé, par exemple en raison de procédures juridiques ou autres. Cette modification est nécessaire et répond aux positions que nous avons déjà formulées. Le canton du Valais soutient sans réserve la prolongation proposée.

Art. 12b, al. 1 à 7 et art. 13 Mesures dans le domaine du sport

La prolongation permettrait la couverture de l'entier de la saison dans toutes les ligues. Nous soutenons fortement les modifications tout en soulignant que ces dernières n'interviendraient qu'en cas de restrictions fédérales concernant les spectateurs, lesquelles ne devraient probablement pas aller au-delà d'une restriction au 2/3 de la capacité.

Prolongation de la durée de validité jusqu'au 31 décembre 2022

- La situation sanitaire peut évoluer rapidement du fait de nombreux facteurs difficilement prévisibles. La proportion de la population non vaccinée est encore trop élevée pour que l'on puisse contrôler le nombre d'infections et le risque d'une nouvelle vague est bien réel. Elle mettrait à nouveau les hôpitaux sous pression. Partant, la propagation est primordiale pour assurer l'approvisionnement en biens médicaux, poursuivre l'utilisation des systèmes de traçages des contacts et de proximité, maintenir les capacités sanitaires et les autres mesures nécessaires qui ne peuvent être fondées sur la LEp. Le canton du Valais se rallie donc aux propositions de prolonger la durée de validité des articles 1a (critères et valeurs de référence), 3 (mesures dans le domaine des capacités sanitaires), 3a (personnes vaccinées) et 3b (système de test et de traçage).
- Il importe de prolonger les mesures destinées à protéger les travailleurs vulnérables et de garantir, à l'approche de l'hiver, des conditions de travail adéquates aux professionnels qui travaillent à l'extérieur (*art. 4*).
- Nous nous rallions aux propositions visant à prolonger les mesures dans le domaine des étrangers et de l'asile (*art. 5*) et celles destinées à garantir le mieux possible la situation particulière des zones frontalières (*art. 6*).
- La prorogation de la mesure de l'*article 7 lettre b (justice et droit procédurale)* s'avère nécessaire pour permettre aux personnes vulnérables devant participer à des actes de procédure de pouvoir exercer au mieux leurs droits. **Par ailleurs, nous estimons opportun d'appliquer également une telle prorogation à la lettre e dudit article s'agissant de la procédure de poursuite et de faillite.**
- Le domaine de la culture (*art. 11*) continuera à souffrir des conséquences de la crise sanitaire. La situation financière des acteurs culturels demeurera par conséquent difficile en 2022, malgré les mesures d'assouplissement. Les instruments de soutien actuels se révèlent efficaces et doivent être maintenus. Le canton du Valais soutient la prolongation proposée.

Loi fédérale sur les amendes d'ordre (art. 1a)

Nous approuvons la modification de l'*article 1, alinéa 1, lettre a, chiffre 12a*, de la loi fédérale sur les amendes d'ordre. Il est judicieux de prolonger la durée de validité de cet article, ce d'autant qu'elle permet d'éviter d'engager des procédures pénales coûteuses et de réduire la charge administrative des cantons.

Loi sur les épidémies (art. 60a, 62a, 80, 83)

Les dispositions doivent être prorogées. Elles permettent de régler le système de traçage de contacts en Suisse et de conclure des accords internationaux concernant la liaison du système suisse avec les systèmes étrangers. Les moyens correspondants ont été inscrits au budget global de l'OFSP par une annonce tardive concernant le budget 2022.

Autres considérations

Pour ce qui est des stratégies du Conseil fédéral visant à surmonter la crise (chiffre 1.3 du Message), comme indiqué dans la réponse du Conseil d'Etat à la récente consultation sur le projet de modification de l'ordonnance COVID-19 assurance-chômage, le canton du Valais demande que **les assouplissements apportés aux mesures dans le domaine de l'assurance-chômage** soient prolongés au minimum jusqu'à la fin de la saison d'hiver 2021/2022, soit jusqu'au **30 avril 2022**.

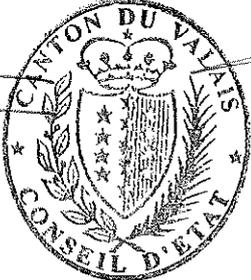
Dans ce cadre, une procédure simplifiée doit également être réintroduite pour les préavis de RHT qui doivent être déposés auprès des autorités cantonales. Compte tenu de l'évolution actuelle, il faut s'attendre à ce que la RHT reste encore fortement utilisée. A cet égard, l'expérience vécue courant 2020 a démontré que la procédure standard pour l'obtention d'indemnités en cas de RHT n'était pas du tout adaptée à la situation d'incertitude et potentiellement de crise que l'obligation du certificat COVID va à nouveau provoquer dans les domaines de la restauration, de l'hôtellerie et du tourisme. Il y a ainsi lieu d'offrir à nouveau toute la flexibilité requise aux acteurs de ces domaines, en particulier par rapport aux contrats à durée déterminée. Dans ce sens, nous demandons notamment que la RHT soit étendue à tous les employés, indépendamment du type de contrat,

que le délai de préavis et le délai d'attente soient supprimés et que toutes les cotisations sociales à charge de l'employeur soient remboursées. Nous revendiquons également une compensation en cas de RHT à hauteur du 100% de la perte de gain pour tous les salaires, une suppression des restrictions concernant les périodes de décompte avec une perte de travail supérieure à 85% de l'horaire normal de travail ainsi que l'élargissement de la prise en considération de la perte de travail avant et après les vacances d'entreprises.

En vous remerciant une nouvelle fois de nous avoir donné l'occasion de nous prononcer sur les modifications projetées de la loi COVID-19, nous vous adressons, Madame, Monsieur, nos meilleures salutations.

Au nom du Conseil d'Etat

Le président
Frédéric Favre



Le chancelier
Philipp Spörri

The seal of the Canton of Valais Council of State is circular, featuring a central shield with a crown on top and five stars below it. The shield is surrounded by a wreath. The text 'CANTON DU VALAIS' is written along the top inner edge of the circle, and 'CONSEIL D'ETAT' is written along the bottom inner edge. There are small stars separating the top and bottom text.

Annexe --
Copie à --

Gesundheitsdirektion, Postfach, 6301 Zug

per E-Mail

Bundeskanzlei
Sektion Recht
Bundeshaus West
3003 Bern

T direkt 041 728 35 01
martin.pfister.rr@zg.ch
Zug, 6. Oktober 2021
GD GDS 6 / 269 / 103616

**Konsultation zum Entwurf der Botschaft zur Änderung des Covid-19-Gesetzes (Verlängerung einzelner Bestimmungen):
Antwort des Kantons Zug**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Ihrem Schreiben vom 30. September 2021 haben Sie uns eingeladen, bis zum 6. Oktober 2021 zur oben genannten Vorlage Stellung zu nehmen.

Aufgrund der unsicheren Entwicklung der Covid-19-Pandemie begrüssen wir die Verlängerung einzelner Bestimmungen des Covid-19-Gesetzes. Durch diese gesetzlichen Grundlagen stehen dem Bundesrat auch im kommenden Jahr die nötigen Instrumente zur Verfügung, Massnahmen zu ergreifen.

Für die Gelegenheit zur Stellungnahme bedanken wir uns.

Freundliche Grüsse
Gesundheitsdirektion



Martin Pfister
Landammann

Seite 2/2

Kopie per E-Mail an:

- Direktion des Innern
- Direktion für Bildung und Kultur
- Volkswirtschaftsdirektion
- Sicherheitsdirektion
- Finanzdirektion
- GDK (office@gdk.cds.ch)



Bundeskanzlei
3003 Bern

6. Oktober 2021 (RRB Nr. 1124/2021)

**Änderung des Covid-19-Gesetzes, Verlängerung einzelner Bestimmungen
(Konsultation)**

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler

Mit E-Mail vom 30. September 2021 haben Sie uns zur Konsultation zur Änderung des Covid-19-Gesetzes (Verlängerung einzelner Bestimmungen) eingeladen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns wie folgt:

Wir begrüssen die vorliegende Änderung des Covid-19-Gesetzes im Grundsatz. Sie gewährleistet Rechtssicherheit und verhindert unklare Verhältnisse bei einem ersatzlosen Auslaufen des geltenden Gesetzes. Was die Unterstützungsmassnahmen im Wirtschaftsbereich betrifft, erachten wir es als zentral, dass es zu keinen Ungleichbehandlungen von verschiedenen Wirtschaftsteilnehmenden kommt.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler,
die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin:

Die Staatsschreiberin:

Jacqueline Fehr

Dr. Kathrin Arioli

